nr. 1 – feb/märz 2016

ecke turmstraße

Seite 3: Sozialarbeit im Kleinen Tiergarten Seite 4: Milieuschutz in Moabit
Seite 6/7: Perspektiven für den Einzelhandel Seite 8: Das große Geschäft mit Wohnraum

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 7. März. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir das Buch »Der ganz normale Wahnsinn in der Nachtschicht – Berlin-Street-Taxi« des Moabiter Autors Aro Kuhrt, der Erlebnisse aus 15 Jahren seiner Taxifahrer-Tätigkeit schildert. Unsere letzte Rätselecke zeigte den Aufsatz des ehemaligen Wasserturms und Stellwerks am S-Bahnhof Beusselstraße. Rätselgewinner ist Dr. Christian Seebode. Herzlichen Glückwunsch! Das Buch wird Ihnen per Post zugesandt.

Neue Konzepte für das Brüder-Grimm-Haus

Die Turmstraße 75 ist ein wichtiges Kultur- und Bildungszentrum in Moabit, das etliche Institutionen beherbergt – doch viele Potenziale sind bislang noch ungenutzt. Die Neukonzeption und -gestaltung des Brüder-Grimm-Hauses gehört deshalb zu den wichtigen längerfristigen Zielen im Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum Turmstraße«: Es soll sich stärker öffnen und in den Kiez ausstrahlen, bislang untergenutzte räumlich-zeitliche Kapazitäten sollen auch für Initiativen aus dem Gebiet nutzbar sein. Zudem ist eine räumliche Neuordnung des verwinkelten Gebäudes notwendig. Zuständig ist das Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirks Mitte.
Bislang fanden bereits diverse Voruntersuchungen und Workshops mit den Nutzern des Hauses statt. Nun beginnt der nächste Schritt: Mit der Entwicklung einer konkreten Nutzungskonzeption beauftragte der Bezirk das Stadtentwicklungsbüro Stattbau sowie das Architekturbüro »die Baupiloten«, die gemeinsam auch die öffentlichen Partizipations- und Kommunikationsprozesse organisieren werden.
Voraussichtlich am Dienstag, dem 23. Februar, findet dazu eine öffentliche Informationsveranstaltung statt, auf der sich die beiden beteiligten Büros vorstellen werden. Sie und das Bezirksamt Mitte erläutern dabei das geplante Verfahren und legen dar, wie die Öffentlichkeit und die Stadtteilvertretung in den Entwicklungsprozess eingebunden werden. *us*

Öffentliche Info-Veranstaltung am Di, 23.2., 19–21 Uhr, Brüder Grimm-Haus, Turmstraße 75, Aula der Musikschule.

Termine

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr, vorübergehend im B-Laden, Lehrter Straße 27–30, 10557 Berlin, Telefon 397 52 38 – das Sahara City wird umgebaut und bekommt neue Betreiber. Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen! Nächster Runder Tisch: 8. März. Mehr dazu auch unter www.wem-gehort-moabit.de
Zur »Aktion Mietenalarm in Moabit« des Runden Tischs Gentrifizierung gibt es die Facebookseite www.facebook.com/mietenalarm

Stadtteilplenum QM Moabit-West

Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem Quartiersmanagement Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit – Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32b. Mehr unter Telefon 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Regelmäßige Beratungsangebote im Stadtschloss Moabit

– Rechtsberatung jeden 2. u. 4. Di, 16–17 Uhr, Anmeldung unter Telefon 390 81 20
– Sozialberatung, Mi, 13–15 und 16–18 Uhr
– Allg. Sozialberatung Mi, 16–18 Uhr
– Patientenverfügung Plus: Do, 16–18 Uhr, Anmeldung unter Telefon 0158-14 38 60 13

Ecke Turmstraße
Die nächste »Ecke Turmstraße« erscheint Mitte März. Redaktionsschluss ist Freitag, der 4. März.
Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

»Menschen annehmen, wie sie sind«

Fixpunkt e.V. kümmert sich mit mobiler Sozialarbeit um die Szenegrüppchen im Kleinen Tiergarten – und nun auch um die Flüchtlinge

Die Neugestaltung des Kleinen Tiergartens nähert sich nun langsam ihrem Ende – bis zum Frühjahr soll der östliche Bauabschnitt zwischen Stromstraße und Johanniskirche samt Spielflächen fertiggestellt werden.

Doch ging es bei der Neugestaltung nicht nur um grünplanerische und denkmalpflegerische Aspekte, sondern auch um soziale Themen: Denn der Park ist ein zentraler Anlaufpunkt für viele unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und soll ein weitgehend konfliktfreies Nebeneinander ermöglichen. So gab es schnell einen breiten Konsens, dass auch die »Szenegrüppchen«, die sich seit Jahren im Park treffen – Menschen, die von Armut, Arbeits- oder Wohnungslosigkeit, Suchtproblemen betroffen sind – nicht verdrängt werden sollten. Begleitend zur baulichen Neukonzeption wurde deshalb vor einigen Jahren der Verein Fixpunkt e.V. mit der mobilen Sozialarbeit vor Ort beauftragt. Der freie Träger hat jahrelange berlinweite Erfahrung mit Streetwork an sozialen Konfliktpunkten. Die Mitarbeiter bauten den Kontakt zu den Grüppchen auf, die auch in die Planungen mit einbezogen wurden. Es gelang, an der Ecke Stromstraße einen neuen Treffpunkt zu etablieren – mit Aufenthaltscontainer, öffentlichem Trinkbrunnen und Pissoir, der von den Grüppchen auch angenommen wird.

Ralf Köhnlein von Fixpunkt e.V. zieht in dieser Hinsicht eine positive Bilanz der bisherigen mobilen Sozialarbeit im Kleinen Tiergarten, die er kürzlich auch den Sprechern der Stadtteilvertretung ausführlich darlegte. Mehrmals wöchentlich sind die Fixpunkt-Streetworker vor Ort, entweder mit ihrem MAX-Mobil (dienstags und donnerstags von 15.15–18 Uhr) oder einfach zu Fuß. Sie leisten sogenannte niedrigschwellige Hilfe: Ausgangspunkt ist, dass für ein soziales Verhalten (Gewaltfreiheit, gegenseitige Rücksichtnahme und Kommunikation) bestimmte Grundbedürfnisse erfüllt werden müssen: Essen, gesundheitliche Versorgung, Unterkunft, soziale Ansprache.
Die Mitarbeiter von Fixpunkt e.V. sind dabei Ansprechpartner, leisten – wo notwendig – unmittelbare Akuthilfe, vermitteln und begleiten auch in die bestehenden Netzwerke wie Suchtberatung, Wohnungslosenhilfe, Kältehilfe etc. Ausdrücklich sind sie aber weder Therapeuten noch Missionare oder Arbeitsvermittler. »Wir nehmen die Menschen mit ihren Lebensumständen und ihrem Konsum an, wie sie sind, und versuchen, ihnen Hilfsangebote zu vermitteln«, sagt Köhnlein.

Ziel im Kleinen Tiergarten ist die Verbesserung der Aufenthaltsqualität für alle Nutzer (tatsächlich hat sich durch die Etablierung eines festen Ortes für die Grüppchen die Situation deutlich entspannt), verbindliche Regeln wie ein gewisses Maß an Verantwortung, Rücksichtnahme und auch Sauberkeit.
Was bisher erreicht wurde, ist jedoch kein Selbstläufer, deshalb geht es um eine »Verstetigung von Strukturen«. Noch bis Herbst 2017 wird Fixpunkt e.V. im Auftrag des Landes Berlin hier vor Ort sein und das Geschehen begleiten.

Ch. Eckelt

Ralf Köhnlein und Tobias Wolf vom Fixpunkt e.V.

Neue Aufgabe: »Flucht im Park«

Hinzu kommen jetzt weitere Aufgaben: Denn bekanntlich wird der Park seit dem letzten Sommer, als immer mehr Flüchtlinge vor dem gegenüberliegenden LaGeSo ankamen, auch von diesen Hilfesuchenden frequentiert. Fixpunkt e.V. hat auf diese neue Problemlage samt möglichen neuen Konfliktpotenzialen reagiert und ein erstes Handlungskonzept vorgelegt, das vom Land Berlin befürwortet wurde. Auf dieser Basis wird nun das bisherige Fixpunkt-Projekt MAX um das Konzept »Flucht im Park« erweitert. Das erfordert neue Ressourcen: denn die Flüchtlinge, so Ralf Köhnlein, sind eine neue Nutzergruppe, die mit den bisherigen Angeboten nicht erreicht werden und für die die aktuellen Ressourcen nicht ausreichen.
Deshalb sollen sich nun zusätzlich eingesetzte Sozialarbeiter speziell um jene Flüchtlinge kümmern, die sich gegenüber vom LaGeSo im Park aufhalten. Das Fixpunkt-Team wird dabei durch Sprach- und Kulturmittler unterstützt. In einer ersten Phase während der nächsten vier Monate knüpfen die Streetworker über Gespräche Kontakte zu den Flüchtlingen, unterbreiten Hilfsangebote und leisten auch praktische Hilfe. Möglichen Konflikten zwischen den »Stammgrüppchen« im Park und den neu Hinzukommenden soll schon im Vorfeld vorbeugend begegnet werden. Es geht aber auch darum, die gerade neu hergerichtete Parkanlage in einem einladenden Zustand mit Aufenthaltsqualität zu erhalten.
Zugleich geht es in dieser ersten Phase um eine Feld- und Umfeldanalyse – beispielsweise, welche Hilfseinrichtungen und Angebote im Umfeld die Flüchtlinge unterstützen können. Auf der Basis dieser Erkenntnisse, die gemeinsam mit einer Ethnologin ausgewertet werden, soll Fixpunkt e.V. dann Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten.
Ein anderes, alt-neues Problem ist jedoch nicht das Aufgabenfeld der Streetworker von Fixpunkt: die professionelle Drogendealer-Szene, die seit einigen Monaten wieder verstärkt um den U-Bahn-Eingang im Kleinen Tiergarten zu beobachten ist. »Das ist eine ganz andere Gruppe als unsere ›Stammklientel‹«, sagen die Fixpunkt-Mitarbeiter. »Diese Profi-Szene ›ploppt‹ immer wieder an unterschiedlichen Orten auf, meist an Verkehrsknotenpunkten mit benachbarten Plätzen und Parkanlagen. Sie sprechen ungeniert alle möglichen Parkbesucher an. Und offenbar gibt es auch eine entsprechende Nachfrage. Für diese kommerziell orientierte Dealerszene sind sozialarbeiterische Angebote komplett uninteressant, hier ist die Ordnungspolitik gefragt.« *us*

Milieuschutz auch in Moabit

Schon im Sommer sollen die sozialen Erhaltungsverordnungen für bestimmte Gebiete festgesetzt sein

Schon im Sommer könnte es soweit sein. Wenn der Zeitplan des Stadtplanungsamts Mitte aufgeht, werden dann annähernd 100.000 Moabiter und Weddinger in Milieuschutzgebieten leben, in denen »soziale Erhaltungsverordnungen« die Bevölkerungsmischung schützen sollen. Bauliche Änderungen von Wohnraum – also z.B. Modernisierungen –, aber auch die Umwandlung in Eigentumswohnungen müssen in diesen Gebieten dann vom Stadtplanungsamt genehmigt werden.

Für die Mieter – 21.000 Haushalte mit 52.000 Bewohnern im zentralen Wedding und 29.000 Haushalte mit 45.000 Bewohnern im nördlichen Moabit – hat das praktische Konsequenzen. So beauftragt und finanziert der Bezirk in den Gebieten »offene Mieterberatungen«, an die sich die Bewohner wenden können, auch ohne Mitglied in einer Mieterorganisation zu sein. Auf diese Weise erfährt das Stadtplanungsamt, wenn ungenehmigte Modernisierungen angekündigt werden, und kann einschreiten. Die Mieter haben damit einen Anlaufpunkt bei mietrechtlichen Problemen – zumindest über die weiteren Möglichkeiten der Beratungshilfe werden sie dort aufgeklärt.
Von den größten Vorteilen der Milieuschutzgebiete werden die Mieter direkt kaum etwas mitbekommen. Mittels der sozialen Erhaltungsverordnung kann beispielsweise die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Nur im Ausnahmefall – etwa, wenn die Mieter selbst die Wohnung erwerben – wird dem zugestimmt. Deshalb sind Milieuschutzgebiete unattraktiv für jenen Teil der Immobilienwirtschaft, der auf den Erwerb und die schnelle Umwandlung von Mehrfamilienhäusern spezialisiert ist. So schützt die soziale Erhaltungsverordnung präventiv vor Verdrängung.

Vom Amt versagt werden können auch der Abriss von Wohngebäuden und die Zusammenlegung von Wohnungen, vor allem aber bestimmte Modernisierungsmaßnahmen. Dabei will sich der Bezirk Mitte für eine einfach zu handhabende Regelung entscheiden, die in anderen Bezirken noch nicht angewandt wird. Auf der Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung der BVV Mitte am 27. Januar wurde sie erläutert: Statt Positiv- und Negativlisten aller denkbaren Einzelmodernisierungen zu erstellen – beispielsweise über die Zulässigkeit der unterschiedlichsten Klospülungen – möchte der Bezirk den Genehmigungsvorbehalt schlicht an die Höhe der nach der Modernisierung geforderten Miete binden. Auch um einen dazu erforderlichen »gebietsspezifischen Mietspiegel« zu erstellen, wurden die künftigen Milieuschutzgebiete in den letzten Monaten gründlich untersucht und zahlreiche Bewohner befragt.
In Fachkreisen erinnert das freilich an das juristische Debakel, dem die »Mietobergrenzen« in den Ostberliner Sanierungsgebieten Anfang der 2000er Jahre zum Opfer fielen – zuletzt in einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2006. Auch hier waren gebietsspezifische Durchschnittsmieten der Ausgangspunkt für die Zulässigkeit privatfinanzierter Modernisierungsmaßnahmen. Aber damals wurden diese Mietobergrenzen in Sanierungsgebieten eingerichtet, die u.a. die bauliche Instandsetzung und Sanierung des stark renovierungsbedürftigen Wohnungsbestandes zum Ziel hatten. Da sahen die Gerichte durchaus nachvollziehbar eine Systemwidrigkeit starrer Mietobergrenzen.

Soziale Erhaltungsgebiete jedoch haben grundsätzlich einen anderen Zweck. Und in heutigen Sanierungsgebieten und Aktiven Zentren wie rund um die Turmstraße ist das öffentliche Förderziel nicht die Modernisierung privaten Wohnraums, sondern die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und die Stärkung der Geschäftsstraße. Da lassen sich »Systemwidrigkeiten« nicht erkennen.
Allerdings muss man anmerken, dass die enormen Mietsteigerungen, die in den letzten Jahren auch in Moabit zu registrieren waren, nur in den seltensten Fällen durch Modernisierungsmaßnahmen zustande kamen. Sie resultieren vielmehr aus der enormen Wohnungsknappheit und den damit einhergehenden exorbitant steigenden Preisen bei Neuvermietung von Wohnungen (wobei die Miete zwischen Eigentümer und Mieter frei verhandelbar ist) sowie aus »regulären« Mieterhöhungen.

Das Stadtplanungsamt jedenfalls hat sich gründlich auf die Festsetzung sozialer Erhaltungsgebiete vorbereitet. Etliche Planungsbüros waren an den Voruntersuchungen der Gebiete beteiligt; andere Bezirke mit sozialen Erhaltungsgebieten wurden konsultiert; Stadtsoziologen der Humboldt-Universität waren einbezogen. Jetzt wird das Stadtplanungsamt eine Vorlage erstellen, BVV und Bezirksamt werden darüber entscheiden.
Wenn das alles bis zum Sommer durchgeht, wäre nur der erste Schritt getan. Denn bei den Voruntersuchungen im Jahr 2014 haben sich auch Verdachtsgebiete herausgestellt, in denen damals der Verdrängungsdruck noch nicht groß genug erschien. Weitere Teile Moabits und des Wedding stehen deshalb unter Beobachtung. In Zukunft könnten also weitere Milieuschutzgebiete folgen. *cs*

Ch. Eckelt

Heilandskirche als Registrierungsstelle für Flüchtlinge

Bereits ab März könnte die Heilandskirche für ca. zwei Jahre als zusätzliche LaGeSo-Registrierungsstelle für Flüchtlinge genutzt werden. Das Land Berlin und die evangelische Landeskirche verhandeln derzeit, die Kirchengemeinde Tiergarten hat bereits Zustimmung signalisiert. Doch das Vorhaben stößt auch auf Widerspruch, u.a. auch aus ganz praktischen Erwägungen. Gefragt wird zudem, warum nicht leerstehende Gebäude auf dem LaGeSo-Gelände genutzt werden.
Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

Mietzuschuss jetzt möglich!

Direkte Demokratie begründet künftige Wohnungspolitik

Seit dem ersten Januar können rund 400.000 Haushalte in der Stadt vom neuen »Berliner Wohnraumversorgungsgesetz« profitieren. Bevor es das Abgeordnetenhaus im November beschloss, hatte sich der Senat mit den Initiatoren des »Mietenvolksentscheides« auf den Gesetzestext geeinigt – ein bislang einzigartiger Erfolg direkter Demokratie in Berlin.
Die neuen Regelungen betreffen insbesondere Mieter im Sozialen Wohnungsbau – auch dort, wo die Anschlussförderung weggefallen ist und die Mieten deshalb besonders drastisch steigen können. Diese Mieter können unter Umständen einen Mietzuschuss beantragen. Auch die rund 300.000 Mieterhaushalte kommunaler Wohnungsbauunternehmen können sich künftig bei Mieterhöhungen auf eine neue Härtefallregelung berufen. Der Senat hat für diese Personengruppen eine Anlaufstelle geschaffen, wo die Mieter informiert und entsprechende Anträge entgegengenommen werden: das Büro zgs consult in der Brückenstraße mit der Website mietzuschuss-berlin.de.

Das neue Gesetz regelt aber auch noch weitere grundsätzliche Elemente der Berliner Wohnungspolitik: So müssen die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften künftig 55% statt bislang 30% der frei werdenden Wohnungen an Inhaber eines Wohnberechtigungsscheines (WBS) vermieten, Mietervertreter erhalten einen Sitz in den Aufsichtsräten, eine neue übergeordnete »Anstalt öffentlichen Rechts« sorgt dafür, dass künftig keine Privatisierungen kommunalen Wohneigentums mehr stattfinden. Zudem nimmt es Anregungen aus den wohnungspolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte auf: etwa, die Einnahmen aus den Rückzahlungen von Darlehen für den Sozialwohnungsbau direkt wieder in die Finanzierung neuer Sozialwohnungen fließen zu lassen. Der neue »Wohnraumförderfonds« füllt sich also ständig wieder auf, so dass Sozialwohnungen, die nach der Tilgung der Darlehen aus der »Bindungsfrist« herausfallen zumindest teilweise durch neue Sozialwohnungen ersetzt werden.
Das Gesetz, das mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen beschlossen wurde, versucht wohnungspolitische Fehler der 2000er Jahre korrigieren, die in Berlin zu einem massiven Abbau des kommunalem Wohnungsbestandes führten – etwa die Privatisierung der GSW mit ihren rund 65.000 Wohnungen. Insgesamt haben sich unter dem Druck des Mietenvolksentscheids die Wohnungspolitiker über Parteigrenzen hinweg durchgesetzt. Ohne diesen Druck hätte es sicher deutlich länger gedauert, bis der Neuanlauf der Berliner Wohnungspolitik gesetzliche Formen gefunden hätte. Mit dem neuen Gesetz existiert jetzt eine Grundlage, die – auch angesichts der direkt-demokratischen Wurzeln – nicht so schnell wieder gekippt werden kann.
Natürlich gibt es auch Kritik: Reiner Wild vom Berliner Mieterverein zum Beispiel befürchtet, dass viele betroffene Mieter gar keine Anträge stellen, und fordert den Senat auf, zumindest die Mieter im Sozialen Wohnungsbau direkt anzuschreiben. Er kritisiert auch, dass die Nettokaltmiete als Grundlage für die Bedürftigkeitsprüfung gilt: »Zumindest die kalten Betriebskosten hätten hinzugezogen werden müssen, denn auf deren Höhe haben Mieter ja kaum Einfluss.«
Zudem reichen die Rückflüsse in den »Wohnraumförderfonds« auch nicht annähernd dazu aus, den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken: Das neue Gesetz markiert aber auch nicht den Endpunkt, sondern den Wendepunkt Berliner Wohnungspolitik. *cs*

Auskunft und Antragstellung Mietzuschuss:
zgs consult GmbH, Brückenstraße 5,
10179 Berlin, Telefon (030) 28 40 93 02
Mo–Mi 9–15 Uhr, Do 9–20 Uhr, Fr 9–15 Uhr
www.mietzuschuss-berlin.de
post@mietzuschuss-berlin.de

Bildecke

Ch. Eckelt

»Es mangelt Dir an Kunden?«

Der ›Socialmedia Doktor‹ berät auch kleine Einzelhändler beim Online-Marketing

Im Spandauer »Aktiven Zentrum Wilhelmstadt« hat er im vergangenen Herbst ein vielbeachtetes Seminar zum Thema »Online-Marketing« gegeben: Sebastian Riehle, der »Socialmedia Doktor« aus der Oudenarder Straße im Wedding. Andere »Aktive Zentren« in Berlin planen jetzt ähnliche Veranstaltungen. Denn Online-Marketing wird für kleine Einzelhändler immer stärker zu einem unverzichtbaren Bestandteil ihrer Unternehmensführung.

»Es gibt in Berlin sehr viele Agenturen für Online-Marketing und Soziale Medien«, erzählt Sebastian Riehle. »Sie kämpfen alle um die lukrativen Aufträge bei größeren Firmen.« Für kleinere Unternehmen wie die des inhabergeführten Einzelhandels gebe es jedoch noch kaum Angebote, die für diese auch bezahlbar seien. Als »Socialmedia Doktor« will Sebastian Riehle das ändern, indem er Hilfe zur Selbsthilfe anbietet: Auf seinem Blog im Internet, den er ständig pflegt und ausbaut, kann man etwa seinen Newsletter abonnieren, in dem er regelmäßig über Neuentwicklungen informiert. In »Webinaren« – Online-Seminaren zu festen Zeiten – berät er seine Kunden auch persönlich und problembezogen. Und in diesem Jahr will er ins »E-Learning« einsteigen: Die Erfahrungen, die er in Seminaren in Aktiven Zentren oder für diverse Industrie- und Handelskammern sammelt, fließen dabei in kleine Filme ein, die seine Kunden zur persönlichen Weiterbildung nutzen können.

»Da werden immer die gleichen Fragen gestellt, auf die ich dann immer die gleichen Antworten gebe: Das kann man also gut aufbereiten und präsentieren.« Das Ganze wird natürlich nicht verschenkt, sondern soll zu einem vergleichbar niedrigen Monatsbeitrag angeboten werden. Und da sich das Angebot an den gesamten deutschen Sprachraum richtet, könnte es sich für ihn durchaus auch finanziell lohnen. Sebastian Riehle ist ein Unternehmensgründer mit einer starken Überzeugung und einer Menge Tatkraft: Unternehmer wie er stecken maßgeblich hinter dem wirtschaftlichen Aufschwung, der Berlin in den letzten Jahren erfasst hat.
Studiert hat er Betriebswirtschaftslehre und Tourismus-Marketing in München. Nach dem Studium kehrte er in seine Heimat Thüringen zurück und entwickelte für die IHK die ersten Seminare für Online-Marketing im Tourismus-Bereich. Vor etwa zwei Jahren zog er dann zu seiner Frau nach Berlin, die hier als Lehrerin arbeitet. »In Berlin sind die Netzwerke im Socialmedia-Bereich natürlich viel größer. In Erfurt hätte ich allein am Socialmedia-Stammtisch gesessen, hier habe ich schnell ein großes Umfeld gefunden.« Einen Job für einen großen IT-Betrieb hat er nach wenigen Monaten wieder beendet: »Das war nichts für mich, ich arbeite nicht gerne im Großraumbüro und lieber für viele kleine Kunden als nur für einen.«

Im November 2014 eröffnete er seinen Blog »Socialmedia-Doktor.de«. Im Video auf der Startseite begrüßt er den Zuschauer im Arztkittel und mit umgehängten Stethoskop: »Hallo, ich bin der Socialmedia Doktor … Es mangelt Dir an Kunden oder Du hättest gern mehr davon? Du willst bekannter werden, aber Print-, TV- oder Radiowerbung sind Dir zu teuer oder erscheinen Dir nicht zeitgemäß? Alle Welt redet von Facebook und Socialmedia – aber Du leidest noch an großer Unsicherheit, wie Du darüber regelmäßig an zahlende Kunden kommen sollst?«

Wer die Website durchstöbert, findet dort schon viele wertvolle Tipps. Etwa dass es sich lohnt, persönlich aufzutreten: »Das gilt vor allem auch für Einzelhändler und Gastronomen«, erzählt Sebastian Riehle: »Denn die Kunden binden sich einfach lieber an Personen als an Organisationen. Da haben inhabergeführte Geschäfte also einen klaren Vorteil, den sie auch nutzen sollten.« Oder dass es gut ist, E-Mail-Adressen zu sammeln, samt der Erlaubnis, ab und zu Newsletter zu versenden: »Nicht zu häufig, so dass es nicht nervt, und inhaltlich immer am Kundeninteresse orientiert.« Das gelte noch mehr für den Auftritt in den Sozialen Medien wie Facebook. Pflegen müsse man auch Auftritte auf Kartendiensten wie zum Beispiel auf Google Maps: »Das dient vor allem dazu, die Kunden neugierig zu machen und auf die Website oder in den Laden zu führen. Bei Facebook kann man auch mit vergleichsweise geringem Einsatz Werbung für sein Unternehmen machen.«

Natürlich erfordert das alles einen gewissen zeitlichen Aufwand. »Etwa eine halbe Stunde pro Werktag oder zwei bis drei Stunden am Wochenende,« so schätzt der Socialmedia Doktor, »und natürlich muss man sich auch erst mal ins Thema einarbeiten.« Dabei allerdings kann er helfen. Das Seminar in der Wilhelmstadt jedenfalls war für die Teilnehmer ein echter Gewinn – auch für die, die schon längere Zeit online aktiv sind: »Ich habe da vieles gelernt, was ich nicht missen will, jede Minute hat sich gelohnt,« meinte zum Beispiel der Weinhändler Friedrich-Karl Berndt. *cs*

Mehr Infos unter: www.socialmedia-doktor.de

Gute Geschäfte machen – Einzelhandel im Umbruch

Wie Kultur, Gewerbe und bürgerschaftliche Initiativen sich gegenseitig unterstützen können

Der Einzelhandel steht vor großen Herausforderungen. Durch Online-Angebote geraten herkömmliche Handelsstrukturen zunehmend unter Druck. Gehört der kleine, inhabergeführte Einzelhandel möglicherweise bald der Vergangenheit an? Die HafenCity Universität Hamburg (HCU) führt eine Untersuchung zur Zukunft des Handels durch.

»In manchen Stadtquartieren scheint der traditionelle Einzelhandel bereits verschwunden zu sein oder zumindest beständig um seine Existenz zu ringen. Es gibt aber auch Quartiere, in denen man neue Handelskonzepte und andere innovative Formen des Wirtschaftens und Arbeitens findet«, sagt Stefan Kreutz von der HafenCity Universität (HCU). Unter Leitung von Prof. Dr. Ingrid Breckner (HCU) und in Kooperation mit Thomas Böhm und Carsten Sommerfeldt vom Projekt »Literarische Unternehmungen« untersucht der Stadtplaner und Projektentwickler, wie es stationären Einzelhändlern gelingen kann, die Tragfähigkeit ihrer Geschäftsideen zu verbessern und ihre zukünftigen Handlungsspielräume so zu erweitern, dass ihre Existenz langfristig gesichert werden kann.
Stefan Kreutz ist gerade auf Entdeckungsreise durch Deutschland. In sieben Städten besucht er mit seinen Teamkollegen innovative Geschäftsleute, Kulturakteure und Stadtentwickler, die ihre Erwartungen und Ideen für die Zukunft des stationären Handels in ihrer Stadt präsentieren. Diese stehen im Fokus des Projektes »Gute Geschäfte machen«.
»Wenn die Funktion des städtischen Handels wegbricht, dann nützen die sanierten Straßen und Plätze aus Mitteln der Städtebauförderung wenig«, sagt Stefan Kreutz. Eine Station seines Forschungsteams war die schrumpfende Stadt Eberswalde. Der Marktplatz wurde umfangreich saniert, doch die Leute blieben aus. Der Kulturveranstalter Udo Muszynski kam 2007 auf die Idee, die Veranstaltung »Guten Morgen Eberswalde« ins Leben zu rufen, um wieder Menschen in die Innenstadt zu locken. Mittlerweile hat er fast 450 Einzelveranstaltungen organisiert und es geschafft, den Marktplatz neu zu beleben. Auch wenn solche Aktionen von allen Beteiligten einen hohen zeitlichen und personellen Einsatz fordern, der Mehrwert liegt auf der Hand: Handel und Kulturinitiativen können sich gegenseitig unterstützen, die Verbundenheit mit dem Stadtteil stärken und so wieder ein Zentrum bilden.
Auch Stadtentwickler haben erkannt, dass Handel nicht nur unter ökonomischen, sondern auch unter sozialen und kulturellen Gesichtspunkten betrachtet werden muss. Aus diesem Grunde hat das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße neben dem Gebietsfonds auch den Kulturfonds ins Leben gerufen – beide werden aus Städtebauförderprogrammen finanziert. Solche kleinteiligen Angebote können Anreize schaffen und Impulse setzen, um eine konkrete Idee, ein Projekt für eine Bereicherung des Kiezes ins Rollen zu bringen.

Stefan Kreutz machte auch beim TIM-Frühstück in Moabit Halt. Hier gefiel ihm besonders, wie sich die Unterschiedlichkeit des Stadtteils auch in der Geschäftsstruktur spiegelt: türkischer Gemüsestand auf der einen und Bioladen auf der anderen Straßenseite, dazwischen Second-Hand-Geschäfte und kleine Manufakturen. Aber auch die Nutzung des ehemaligen Hertie-Kaufhauses fand er spannend. »Aufgegebene Warenhäuser sind schwierige Immobilien, für die sich kaum Investoren finden. Das Mischkonzept Handel-Dienstleistung-Wohnen, das der Eigentümer hier umgesetzt hat, ist sehr selten und wertvoll.«
Beim Geschäftemachen geht es neben wirtschaftlichen also auch um soziale Funktionen, die für die Entwicklung von Innenstädten von großer Bedeutung sind. »Es ist sehr wichtig und richtig, dass die Städtebauförderung erkannt hat, dass reine bauliche Maßnahmen allein nicht reichen«, sagt Stefan Kreutz. »Es sind vor allem die engagierten Menschen mit einer Vision vor Ort, die andere Leute mitziehen können. Sie sind mit dem Gebiet, in dem sie wohnen und arbeiten, verbunden und können zur Belebung und Entwicklung von Quartieren weitaus mehr beitragen als externe Spezialisten.«
Nathalie Dimmer

Weitere Informationen unter:
www.gutegeschaeftemachen.de

Handel und Kultur suchen auch in Moabit die Kooperation: So zeigt die Wanderkino-Initiative »Kino für Moabit« – mangels eigener Räumlichkeiten – regelmäßig in den Geschäften interessierter Gewerbetreibender thematisch passende Filme. So wurde in Marianne Graffs »Frisörsaloon« die libanesische Beziehungskomödie »Caramel« gezeigt, die im Friseurmilieu spielt.

Ch. Eckelt

Das große Geschäft mit Wohnraum

Mittes Sozialstadtrat Stephan von Dassel über Ferienwohnungen und Flüchtlingsunterbringungen

Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt ist aus der Sicht etlicher Eigentümer und Vermieter vor allem eines: eine echte Goldgrube. Stetig wachsende Touristenzahlen sorgen immer noch für ein florierendes Geschäft mit (oft illegal vermieteten) Ferienwohnungen – und damit für zunehmenden Wohnungsmangel und steigende Mieten. Berlinweit geht man von inzwischen 23.000 Ferienwohnungen aus, die dem normalen Mietmarkt entzogen sind. Zwar gilt seit 2014 in Berlin eine neue Zweckentfremdungsverbotsverordnung, demzufolge eine gewerbliche Nutzung von Wohnraum genehmigungspflichtig ist und versagt werden kann. Für die Durchsetzung der Verordnung sind die Bezirksämter zuständig. Die Übergangsfrist, in der die gewerbliche Nutzung von Wohnungen aus triftigen Gründen nachträglich beantragt werden kann, läuft im Mai 2016 ab – danach sind so gut wie keine Ferienwohnungen mehr zulässig, sagt Stadtrat Stephan von Dassel, der in Mitte für die Durchsetzung der Verordnung zuständig ist. Die Bezirksämter können juristisch gegen illegale Nutzungen vorgehen.

Doch die Dunkelziffer ist nach wie vor hoch: in Mitte etwa sind 1650 Ferienwohnungen offiziell gemeldet, doch Stephan von Dassel schätzt die reale Zahl auf ca. 5000. Viele Vermieter, so vermutet von Dassel, spielen einfach auf Zeit bzw. setzen auf zähe juristische Auseinandersetzungen.

Gleichzeitig ist aber eine Gesetzesnovellierung in Arbeit, die noch vor Mai vom Abgeordnetenhaus beschlossen und verabschiedet werden soll. Es geht darum, bisher bestehende Schlupflöcher zu schließen (u.a. wird klargestellt, dass auch Zweitwohnungen nicht ohne Genehmigung als Ferienwohnung vermietet werden dürfen) und den Ämtern die Arbeit zu erleichtern – u.a. damit, Internetrecherchen für ihre Arbeit nutzen zu können. Künftig sollen Internetplattformen wie airbnb verpflichtet sein, Auskunft über die Klaradressen der Anbieter zu geben. »Wenn es in Berlin offiziell nur 6000 Ferienwohnungen geben soll – wo kommen dann die ca. 17.000 airbnb-Gastgeber her?«, fragt von Dassel.

Geldmaschine Flüchtlingsunterbringung

Doch derzeit beschäftigt ihn ein weiteres gravierendes Problem: Denn Eigentümer haben auch entdeckt, dass sich mit der Flüchtlingsunterbringung viel Geld verdienen lässt. »Als Bezirk versuchen wir, Vermieter zu überzeugen, leere Wohnungen zur Verfügung zu stellen – aber zur normalen Wohnungsmiete und in entsprechendem Zustand«, sagt von Dassel. Doch viele umgehen das einfach, indem sie Wohnraum als Beherbergungsbetrieb bzw. als genehmigte gewerbliche Nutzung ausgeben und ihn direkt dem LaGeSo anbieten, das auch für die Flüchtlingsunterbringung zuständig ist. Das Landesamt zahlt für die Unterbringung pro Nacht und Person maximal 50 Euro.

So kommt es, dass z.B. eine 90-Quadratmeter-Wohnung in der Weddinger Wollankstraße 95, die normalerweise ca. 900 Euro Miete kosten würde, dem Eigentümer monatlich das Zehnfache einbringt: sechs untergebrachte Personen mal 50 Euro pro Nacht und Person mal 30 Nächte macht 9000 Euro. Verfügt der Eigentümer über 20 solcher Wohnungen, die er nach diesem Geschäftsmodell als Flüchtlingsunterkunft dem Land Berlin anbietet, kann er pro Jahr über 2 Millionen Euro einnehmen – für die der Steuerzahler aufkommt.

Solche Praktiken empören Mittes Sozialstadtrat besonders, er findet das einfach unanständig. Das praktische Problem bestehe insbesondere darin, dass das LaGeSo (inzwischen weltweit bekannt für seine chronische Überforderung) nicht überprüft, ob die Wohnungen auch tatsächlich als Gewerbe genehmigt wurden. Sind sie es nicht, dürften eben nur Wohnungsmieten laut den gesetzlichen Regelungen verlangt werden. Dieser Mangel an Kontrolle müsse schnellstens behoben werden, fordert er. »Es kann doch nicht so schwer sein, mal beim Bezirk nachzufragen, ob tatsächlich eine Genehmigung für eine gewerbliche Nutzung vorliegt. «

Von Dassel hat mal eine kleine Überschlagsrechnung gemacht, welche Kosten auf das Land Berlin zukommen, wenn der Ausnutzung dieser aktuellen Wohnungsnotlage kein Riegel vorgeschoben wird. Ausgehend von 50.000 Flüchtlingen und unter Berücksichtigung legaler Hostels und Wohnungen kommt er unterm Strich auf schätzungsweise 800 Millionen Euro, die jährlich aus dem Landeshaushalt in illegale Betriebe fließen könnten. Das empört von Dassel – schließlich beträgt der gesamte Berliner Jahresetat gerade mal 22 Milliarden. »Es kann nicht sein, dass das Landesamt Gauner finanziert und die Bezirke die Polizei spielen müssen.«

In der politischen Debatte steht die Wohnraumversorgung ganz oben auf der Agenda – und es ist ein brisantes Thema, will man es nicht zu Konkurrenzen kommen lassen wie im Fall der Berlichingenstraße 12, wo wohnungslose Männer ihre Unterkunft räumen sollen, weil Flüchtlinge für die Eigentümer nun mal einträglicher sind. »In Berlin suchen viele Geringverdiener, Familien, Alleinerziehende manchmal monatelang bezahlbare Wohnungen«, sagt von Dassel, »und nun auch viele Flüchtlinge. Aber es darf nicht sein, dass Eigentümer aus der Wohnungsnot auf Kosten der öffentlichen Hand Maximalprofite herausschlagen.«

Als wichtigste praktische Maßnahme fordert er, dass das Land Berlin keine Unterbringungskosten übernimmt für Einrichtungen, die nicht genehmigt und bestätigt sind. Ein gangbarer Weg wären »Weiße Listen«, auf denen die genehmigten Beherbergungsbetriebe und Wohnungen verzeichnet sind.

Ulrike Steglich

Meine Ecke

»Die Wilsnacker war eine beliebte Einkaufsstraße«

Nazim Çoskun, Jahrgang 1946, ist der älteste Gewerbetreibende in der Wilsnacker Straße in Moabit. Seit 40 Jahren betreibt er hier eine Schneiderei.

Ch. Eckelt

»Ich bin 1976 mit meinem Geschäft zunächst in die Wilsnacker Straße 12 eingezogen, schräg gegenüber. Jetzt befindet sich dort der Friseursalon Eva. Die Schneiderei nahm damals aber nur den rechten Teil des Ladens ein. Es gibt noch ein altes Foto, auf dem man das Haus erkennen kann. 1984 zog ich mit dem Laden hierher in die Wilsnacker Straße 63 um, mit Ofenheizung. Wo jetzt die Umkleiden sind, stand damals der große Ofen. Bis vor zwei Jahren lebte ich in der Wohnung über der Schneiderei – 10 Jahre lang. Dann war die Wohnung zu groß. Aber ich bin in der Nähe geblieben, in der Birkenstraße.

Bevor ich nach Berlin kam, hatte ich in Istanbul gelebt und Maßschneider gelernt, später in Paris gearbeitet und dort meinen Meister gemacht. Schon in Istanbul war ich verlobt, meine Frau ging 1971 nach Berlin, ich nach Paris. Wir wollten ausprobieren, wo es sich gut leben lässt. Bei Besuchen hat mir Berlin dann besser gefallen. Vor allem waren die Mieten nicht so teuer. Nach unserer Hochzeit wohnten wir im Wedding, Stube und Küche für 46 DM. So war das damals. 18 Jahre lebten wir in der Koloniestraße, danach zehn Jahre in der Lehrter Straße 4. Ich arbeitete von 1973–76 in der Konfektion. Es gab viele Modefirmen in Berlin, große Betriebe, bei denen 200 bis 400 Schneider arbeiteten. Eigentlich wollte ich schon 1974 ein eigenes Geschäft aufmachen und hatte es nach dem Tod des Inhabers sogar schon gekauft. Aber da machte mir das Gewerbeamt einen Strich durch die Rechnung. Sie fragten nach Diplomen. Ich hätte erst acht Jahre hier arbeiten müssen, um eine eigene Maßschneiderei aufmachen zu dürfen.

Trotzdem suchte ich weiter nach einem eigenen Laden. 1976 konnte ich dann doch mit einer Geschäftspartnerin die Änderungsschneiderei aufmachen. Meine Frau arbeitete damals bei Telefunken. Ursprünglich wollten wir nur ein paar Jahre ins Ausland, gut Geld verdienen, der Familie schicken und sparen. Jetzt sind daraus über 40 Jahre geworden. Wir haben zwei Söhne, beide haben an der TU Berlin Informatik studiert und arbeiten in ihrem Beruf. Meine Frau ist gerade zu Besuch in Bonn bei den Enkelkindern. Die sind unsere große Freude.

Im Lauf der Zeit hat sich die Wilsnacker Straße sehr verändert. Früher gab es viel mehr Leben auf der Straße. Das war eine beliebte Einkaufsstraße, fast wie der Kudamm, viele kleine Geschäfte und viel Laufkundschaft, oft zu viel für die schmalen Gehwege. Nebenan war der Kinoausgang vom BTL Turmstraße. Wo heute das Restaurant Lei e Lui ist, war ein Theater. Dort war auch die Bushaltestelle. Die Nr. 16 ist hier durchgefahren – von Reinickendorf nach Schöneberg. Mit diesem Bus fuhr ich morgens zur Arbeit, bis ich mir 1979 mein erstes Auto kaufte. Meinen Führerschein hatte ich da erst seit einer Woche. Es gab viele verschiedene Geschäfte hier. Die Spielhalle an der Ecke zur Turmstraße war früher ein Möbelgeschäft, hier schräg gegenüber war ein Goldschmied. Der heutige Kinderladen war ein Weinladen, es gab eine Reinigung, einen Laden mit Bilderrahmen, ein Akustikgeschäft für Hörgeräte, ein Fisch- und ein Kartoffelgeschäft, Porzellan, eine Wäscherei, und alle freuten sich über die neue Schneiderei, als ich einzog. Ich hatte gleich viele Kunden, auch Richter und Rechtsanwälte. Das Gericht ist ja ganz nah. Sogar ein früherer Bürgermeister, aber ich kann mich nicht mehr an den Namen erinnern. Oder Krankenschwestern aus dem nahen Krankenhaus. Techniker vom Fernsehen wohnten im Haus. Viele Kunden, die hier früher lebten, zogen in den 1970er und 1980er Jahren nach Spandau, Wilmersdorf oder Reinickendorf. Einige kommen immer noch in mein Geschäft, oder deren Kinder. – Die Häuser waren ja schon sehr alt. Sie wurden dann modernisiert, die Hinterhäuser von der Nr. 10, 11 und 12 wurden abgerissen. Das Haus Nr. 15 war besetzt. Da ist jetzt das Umweltlabor drin.

Dann hat die Firma Franke neu gebaut. Ich habe mich gewundert, dass sie keine neuen Geschäfte mehr bauten, sondern sogar noch aus Läden Wohnungen machten. Aber der Geschäftsführer sagte mir, für Läden würde man keine Mieter mehr finden. Wahrscheinlich hatte er Recht. Es gibt nicht mehr so viele kleine Läden. Früher war der Zusammenhalt unter uns Geschäftsleuten groß. Man kannte sich und auch die ganzen Familien und half sich gegenseitig. Die Bäckerei Specht gab es ja noch ziemlich lange, dort arbeiteten viele Leute. Brot, Brötchen und alles andere wurde noch selbst gebacken. Samstags stand die Schlange bis auf die Straße. Ein Sohn der Spechts ist nach Amerika gegangen, der andere wohnt hier noch.

Vielleicht war es ja ganz gut, dass ich eine Änderungsschneiderei und keine Maßschneiderei aufgemacht habe. Ich hätte dann immer mit der Mode gehen müssen, neue Schnitte lernen. Das wäre vielleicht sehr stressig geworden. Früher hatte ich nicht mal genug Zeit, um mit allen Kunden zu sprechen. Jetzt kommen Nachbarn manchmal einfach nur zum Reden vorbei. Ich habe nicht mehr so viel zu tun. Aber das ist auch gut so. Ich bin ein bisschen müde. Manchmal habe ich Rückenschmerzen und schließlich werde ich bald 70 Jahre alt. Vielleicht mache ich im nächsten Jahr meinen Laden zu.«

Das Gespräch wurde von Susanne Torka geführt und aufgezeichnet. Erstveröffentlichung auf www.moabitonline.de

Ch. Eckelt

Arminiusmarkthalle nun ohne Bücherbank

Die Bücherbank, die seit 2013 im Eingangsbereich der Markthalle stand, ist verschwunden. Erst hatte sie noch eine Weile einen neuen Standort inmitten der Halle, dann war sie weg. Das registrierten viele Besucher und auch Nutzer der Bücherbank mit Verwunderung.

Bücherbänke gibt es mehrere in Moabit, das Kiezprojekt wurde vor einigen Jahren vom Quartiersmanagement Moabit West initiiert, die Idee: Menschen bringen Bücher, die sie nicht mehr benötigen, und legen sie auf der Bücherbank für andere interessierte Leser zum kostenlosen Mitnehmen ab. Das funktioniert stadtweit in der Regel ganz gut – jedenfalls, solange die soziale Kontrolle funktioniert, beispielsweise durch »Paten«: Gewerbetreibende oder Initiativen, die den Raum im Blick haben.

In der Arminiushalle hat das nicht mehr funktioniert. Yannis Kaufmann, Geschäftsführer der Halle, berichtet von zunehmendem Missbrauch der eigentlich sozialen Idee, weshalb man die Bank nun entfernt habe: »Zum einen war seit Monaten ein neues Phänomen zu beobachten: Menschen, die mit Rollkoffern und großen Taschen anrückten und die Bücher wahllos reihenweise einsackten – offensichtlich, um sie andernorts bei Trödlern zu verkaufen. Aber dafür war die Bücherbank nicht gedacht.« Diese Beobachtung machten auch etliche Bürger, die ihre Bücher weitergeben wollten: Manchmal sei schon nach einer Stunde alles wieder verschwunden gewesen, nur völlig uninteressante »Schrottbücher« wurden liegengelassen. Zum anderen, so Kaufmann, sei die Bank mehr und mehr als Müllablage missbraucht worden, beispielsweise für alte Zeitungen oder Schriften, »auch mit sehr anrüchigen politischen Inhalten.« Es habe viel Energie gebunden, diesen Müll regelmäßig zu entsorgen.

»Wir fanden die Idee gut und gehörten zu den ersten, die eine Bücherbank aufstellten, aber wir können die permanente Kontrolle nicht mehr gewährleisten, und die Gewerbetreibenden haben kein Interesse daran«, sagt Kaufmann. Er bedauert, dass ein solcher Missbrauch mit der Idee betrieben wird und er keine andere Möglichkeit sah als die Bank zu entfernen. Gern ist er bereit, die Bücherbank anderen Gruppen oder Gewerbetreibenden zur Verfügung zu stellen, die das Geschehen besser im Blick haben können. *us*

Ordnungsamt jetzt auch online

Die Berliner Ordnungsämter sind jetzt auch online erreichbar. Wer beispielsweise Probleme mit der Straßenreinigung, Gefahrenquellen im öffentlichen Raum, defekte Straßenbeleuchtung, Lärm, verdreckte Grünanlagen oder illegal entsorgten Sperrmüll melden will, muss sich nun nicht mehr persönlich oder telefonisch beim Ordnungsamt melden und ist damit auch unabhängig von den Öffnungs- und Sprechzeiten.

Unter http://ordnungsamt.berlin.de findet man ein Online-Meldeformular, in dem zunächst die Art des Anliegens und der betreffende Bezirk abgefragt werden. Anschließend konkretisiert man seine Meldung unter den Punkten »Wo? Was? Wer?« Auch eine interaktive Karte steht zur Verfügung, um den Meldeort zu konkretisieren. Erst nach Durchlauf aller Menüs erfolgt die Übermittlung, worauf man dann möglichst bald eine Reaktion der Mitarbeiter des Ordnungsamts erhalten sollte. Durch die Nutzung des Portals wird die Information an das zuständige Amt weitergeleitet.

Unter dem Menüpunkt »Aktuelle Meldungen« kann man außerdem einsehen, welche Mängel wo bereits gemeldet wurden und ob der Missstand bereits behoben wurde. *us*

Moabiter Kunstfestival Ortstermin: Thema »Flucht und Identität«

Anmeldungen bis 1. März erwünscht!

Das diesjährige Kunstfestival »Ortstermin« mit offenen Ateliers und Ausstellungen in ganz Moabit findet vom 3. bis 5. Juni unter dem Thema »Flucht und Identität« statt.

Die aktuellen Flüchtlingsbewegungen berühren unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen – kaum eine Nachrichtensendung, in der nicht hiervon berichtet wird. Die zentrale Registrierungsstelle für Asylsuchende, das LaGeSo, befindet sich in der Moabiter Turmstraße, so dass man insbesondere in diesem Gebiet hautnah mit dem Geschehen konfrontiert ist. Aber auch historisch hatten Flüchtlingsbewegungen für Moabit eine zentrale Bedeutung. So siedelte Friedrich Wilhelm I. zu Beginn des 18. Jahrhunderts französische Glaubensflüchtlinge hier an. Die geplante Seidenraupenzucht mit Maulbeerbäumen scheiterte zwar – doch mit den Hugenotten begann eine dauerhafte und wirtschaftlich erfolgreiche Besiedlung des heutigen Moabits.

Vor diesem Hintergrund will die Galerie Nord / Kunstverein Tiergarten e.V. das Thema Flucht und Identität zur Diskussion stellen und künstlerische Perspektiven auf das aktuell dominierende Thema der Flüchtlingsbewegungen vorstellen. Im Rahmen von »Ortstermin« sollen künstlerische Ideen entwickelt werden, die diesen Brennpunkt thematisieren.

Zur Teilnahme werden in Moabit lebende und arbeitende Kunstschaffende aufgerufen, Künstlerinnen und Künstler unterschiedlicher kultureller Herkunft als Gäste einzuladen und gemeinsam mit ihnen auszustellen.

Anmeldeschluss zur Teilnahme ist der 1. März 2016. Das Anmeldeformular steht ab sofort unter www.kunstverein-tiergarten.de zum Download zur Verfügung. Hier gibt es auch nähere Auskünfte zur Ausschreibung.

Kontakt für Rückfragen: Dr. Claudia Beelitz für den Moabiter Westen (alle Orte westlich der Stromstraße), Telefon 39 50 09 72, beelitz@kunstverein-tiergarten.de und Christian Hamm für den Moabiter Osten (alle Orte östlich der Stromstraße), Telefon 51 05 02 58, hamm@kunstverein-tiergarten.de

Strahlende Models in der Waldstraße

Die Senatsverwaltung ruft zur demokratischen LED-Misswahl auf

Die Anwohner der Waldstraße staunten im letzten Jahr nicht schlecht, als im Zuge der Umgestaltung der Straße neue Straßenlaternen aufgebaut wurden. Weniger wegen der neuen Beleuchtung – sondern vielmehr, weil die Lampen alle höchst unterschiedlich aussehen. Schon machten Witze die Runde: Der Leuchtenparcours sei wohl eine Art Miss-Wahl, bei der die Anwohner ihren Favoriten wählen könnten.

Dann stellte sich heraus, dass der Witz gar keiner war. Vielmehr meint die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Fachabteilung X – Tiefbau) es wirklich ernst: Hier soll eine »neue Quartiersleuchte« gekürt werden. Den Hintergrund erläutert ein eigens gedruckter Flyer: »In Berlin werden gasbetriebene Straßenleuchten, außerhalb der Gaserhaltungsgebiete, nach und nach auf den Betrieb mit moderner, energiesparender LED-Technologie umgestellt. Für die Wohnstraßen im Beusselkiez zwischen Turm- und Siemensstraße soll eine technische Aufsatzleuchte gefunden werden, die als neue Quartiersleuchte überzeugt und die Straßen nachhaltig besser beleuchtet.« Dabei gehe es nicht nur um mehr Energieeffizienz, sondern auch um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger. Angesichts gehäufter Eigentumsdelikte fordere auch der Präventionsbeauftragte der Berliner Polizei eine bessere Beleuchtung des Quartiers.

Deshalb gibt es nun die »Beleuchtungsmusterstrecke« Waldstraße samt dem gedruckten Faltblatt und sogar eine eigens eingerichtete Website, wo die Bürger ihren Favoriten für die neue Beusselkiez-Quartiersleuchte benennen können. Bis 30. April können die Moabiter zwischen sieben Modellen mit klangvollen Namen wählen: Soll es Avanza oder Cuvia sein, lieber Lucento, Town Guide oder doch City Spirit?

Die Faltblätter mit dem Votum können die Bürger bis 30. April beim QM Moabit West (Rostocker Straße 39 abgeben oder auch beim Polizeiabschnitt 33, Perleberger Straße 61 a.

Im Internet kann unter der Adresse www.stadtentwicklung.berlin.de/led-musterstrecke abgestimmt werden. Nach der Auswertung wird über das weitere Vorgehen informiert. *us*

Ch. Eckelt

Neue Pläne für 2016

Die Moabiter Standortgemeinschaft TIM hat viel vor

Neunmal trafen sich im vergangenen Jahr aktive Gewerbetreibende und Kulturakteure zum gemeinsamen Frühstück an unterschiedlichen Standorten in Moabit. Sie gründeten die neue Standortgemeinschaft »TIM – Turmstraßen-Initiative Moabit«, entwickelten gemeinsam mit dem Geschäftsstraßenmanagement (GSM) »die raumplaner« Ideen für den Kiez, planten und organisierten Aktionen. Ein besonderer Höhepunkt war das Moabiter Kiezfest im September, das 2015 bereits zum dritten Mal stattfand.

Etwa einmal monatlich treffen sich Gewerbetreibende, Kulturakteure, Prozesssteuerer und Vertreter des GSM beim gemeinsamen TIM-Frühstück, dabei beraten und planen sie künftige Vorhaben, um die Turmstraße und ihre umliegenden Straßen attraktiver zu gestalten. Inzwischen hat sich eine stabile Gruppe zusammengefunden, es kommen auch jedesmal neue Gesichter hinzu – die Atmosphäre ist stets entspannt und konstruktiv.

Das erste TIM-Frühstück im neuen Jahr, diesmal beim Nachbarschaftstreff »Dost Evi« in der Emdener Straße, war mit über 20 Teilnehmern wie immer gut besucht. Neben einer Auswertung der Aktivitäten 2015 standen die Pläne für dieses Jahr im Vordergrund. Die Initiative möchte dabei ihr Netzwerk ausbauen und verstetigen. Wie im letzten Jahr sollen Aktionen im öffentlichen Raum stattfinden – natürlich das bereits sehr beliebte Kiezfest im Herbst, aber auch eine Osteraktion oder ein gemeinsamer »Wandertag« waren im Gespräch.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass TIM bereits jetzt über ein loses Netzwerk hinausgeht und intensiver als bisher als Interessengemeinschaft zur Stärkung der Turmstraße auftreten will. Dazu gehört auch, dass die einzelnen Teilnehmer in der Öffentlichkeit stärker als Gemeinschaft wahrgenommen werden. Eine gemeinsame Homepage wurde erwogen, zumindest aber ein Auftritt in den sozialen Netzwerken. Ein Imagefilm oder gemeinsam genutzte Werbeflächen waren weitere Ideen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass es einer Plattform und Koordinierungsstelle bedarf, um Ideen zu bündeln und die gemeinsamen Aktionen umzusetzen. Dies leistet zurzeit das GSM u.a. mit der Organisation des Händlerfrühstücks, aber auch personell und finanziell, etwa über den Gebietsfonds.

Doch was passiert, wenn der Auftrag für die Geschäftsstraßenmanager ausläuft? Es braucht eine eigene formale Struktur, um das dauerhafte Bestehen von TIM zu garantieren. Verlässliche Strukturen zu entwickeln, sind demnach ein zentrales Anliegen – TIM hat viel vor in diesem Jahr. *Nathalie Dimmer*

Nächstes TIM-Frühstück:
Dienstag, 16.2., 8 Uhr, Weinmichel, Wiclefstraße 20

Fördergebiet Aktives Zentrum Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 90 18-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 90 18-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Stadtteilvertretung
Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Alt-Moabit 62, 10555 Berlin
Sabine Slapa, Georg Thieme, Jan Abt
(030) 37 59 27 21
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3, 10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin